

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

184 (21.12.1948)

Druck u. Verl.: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Lammerstr. 1-B, Tel. 9081-83, Ausg.: Karlsruhe, Khe-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18), Bruchsal (Friedrichstr. 25), Rastatt (Hansjakobstr. 1)



Einzelnummer 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis DM 2.40, Postbezugs DM 2.50 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die lösgesp. Zeile Karlsruh. Bruchsal DM 2.-, Pforzheim DM 1.-, Rastatt DM 1.-40

NEUESTE NACHRICHTEN

Französischer Wirtschafts-Imperialismus am Oberrhein

Kehler Hafenanlagen sind bereits in Frankreich — Die deutschen Eigentümer gegen die Sequestrierungen machtlos

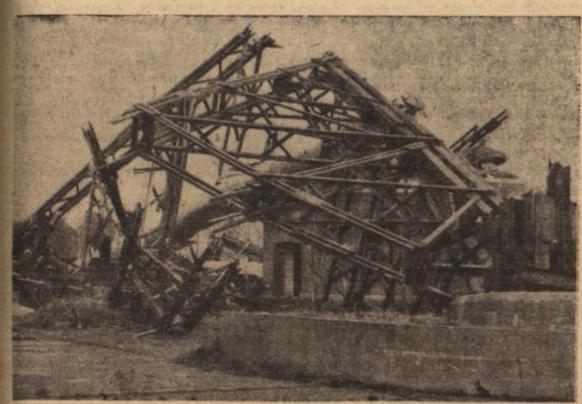
(Von unserer Frankfurter Redaktion)

Frankfurt a. M., 20. Dez. Ein Sprecher der Verwaltung für Wirtschaft machte am Montag in Frankfurt Mitteilung über die im Januar dieses Jahres erlassenen und um die Jahresmitte verstärkten Sequestrierungsmaßnahmen, Sequestrierungen, die in ihren Auswirkungen auf sehr stark auf die amerikanische und britische Zone übergriffen, da sie durchweg Eigentum und Interessen von Firmen betreffen, deren Rechtssitz sich nicht in der französischen Zone befindet. Diese Aktion, für deren rechtliche Begründung die Dekretierungsbestimmungen herangezogen werden, die also eine Zusammenballung der deutschen Wirtschaft in der Zukunft verhindern sollen, beziehen sich auf folgende Unternehmen: Kohlenkontor Weyenmeyer & Co., Mannheim, Kohlenhandels-Gesellschaft Westfalen, Peynitz, Kohlenwerkstoff AG, Bochum, Franz Haniel & Co. GmbH, Duisburg-Ruhrort, Rheinania Rhein-Schiffahrt-Gesellschaft, Homberg, Fendel Schiffahrt AG Mannheim, Hoesch

AG, Dortmund, Harpener Bergbau AG, Duisburg-Ruhrort, Klöckner-Werk Duisburg, Vereinigte Stahlwerke AG, Düsseldorf, Raab, Karcher GmbH, Duisburg, Reederei Braunkohle, Köln, Winschermann GmbH, Duisburg-Ruhrort, Hansen, Neuberger & Co., Frankfurt, Stachelhaus & Buchholz GmbH, Mühlheim-Ruhr, Reemtsma-Zigaretten, Hamburg, Degussa-Frankfurt, Mannesmann Röhrenwerke Henning, Rasenstein-Neuwied, Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Essen. Es handelt sich also, wie aus der Aufstellung ersichtlich, um die Sektoren des Transportwesens, der Kohle, der feuerfesten Steine, der Chemiewerke und der Zigaretten-Industrie. Schon gleich nach der Kapitulation erfolgte die Bildung einer französischen Staatlichen Rheinschiffahrts-Gesellschaft mit dem Sitz in Paris, die neben der gesamten französischen Flotte aus den in Straßburg erbeuteten Schiffen einen großen Teil der deutschen Renschiffe übernehmen konnte. Diese Sequestrierung

betrifft den Schiffsraum von 300 000 t mit einer Schleppkraft von 45 000 PS, von dem sich 200 000 t in Fahrt befinden, während der Rest reparaturbedürftig bzw. noch nicht gehoben ist. Vor einigen Monaten erfolgte die Gründung eines sogenannten deutschen Wirtschaftsamtes für den Mittelraum unter dem Vorsitz des französischen Obersten Noel Mayer, wodurch die Oberrheinschiffahrt fast vollkommen unter französischer Kontrolle kam. Dieses Amt erhielt die Erlaubnis und den Auftrag zur Beschlagnahme von Schiffen, dem es damit nachkam, daß es fünf neugegründete Schiffahrtsgesellschaften mit Schiffsraum versorgte. Diese kurz vor der Währungsreform erfolgten Neugründungen verfügen heute über ein großes Kapital, da sie den Goldschnitt mit der günstigen Quote von 10:8 hinter sich brachte. Die Entfichtungen auf dem Kohlenmarkt verlor auf ähnlicher Linie. Die Beschlagnahme der beiden Firmen Weyenmeyer und Westmark erfolgte zugunsten einer in Ludwigshafen etablierten Tochtergesellschaft der Unico und war gleichbedeutend mit einem französischen Monopol.

Das eklatanteste Fall französischer Entfichtungspraktik stellt aber zweifellos die Vereinnahmung des Gemeindegebietes der Stadt Kehl dar, deren Rheinhafen nach den modernsten Erkenntnissen gebaut und der für Kohlentransporte nach Ost- und Westeuropa ein wichtiges Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa darstellt. Den deutschen Eigentümern ist jeder Zutritt zu diesem Gelände verboten und die Franzosen haben einen Teil der Hafenanlagen bereits abgebaut und nach Frankreich gebracht. Französische Bemühungen, weiteres Hafengelände zu erwerben, richten sich, wie der VW-Sprecher erklärte, auf Karlsruhe und Heilbronn. Die Entfichtung auf dem Chemiesektor betraf vor allem die Degussa mit ihren Werken in Wyhlen, Mainz-Mombach, Rheinfelden, Konstanz und Altenstein. Da diese Werke nur eine Teilfabrik betreiben, ist eine wirtschaftliche Nutzung ihrer Anlagen unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Durch die Beschlagnahme der feuerfesten Steine herstellenden Werke, deren Produktion jetzt nach Frankreich geht, ist die Stahlerzeugung in der Ruhrindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Maßnahmen gegen die Reemtsma-AG. bezogen sich auf die Werke in Baden-Baden (Batschari) und Trier (Haus Neuberger). Die deutschen Eigentümer sind gegen die Sequestrierung machtlos, um ihnen keine Prüfungsmöglichkeiten und keine Rechtsmittel in die Hand gegeben sind.



Die schwebenden Reste der Sendetürme von Radio Berlin in Tegel, die die Franzosen sprengten — trotz des Protestes der Russen. (Dena-Bild)

Gewerbefreiheit in US-Zone

Berlin, 20. Dez. (Dena). Nach Mitteilung von OMGUS besteht mit Wirkung vom 20. Dezember in der gesamten US-Zone von Deutschland uneingeschränkte Gewerbefreiheit, da die Länderregierungen bis zu diesem Zeitpunkt keine den Richtlinien der amerikanischen Militärregierung entsprechende Gesetze erlassen hatten. Wie der Leiter der Wirtschaftsabteilung bei OMGUS, Philip Hawkins am Montag erklärte, sei es nach Ansicht der amerikanischen Militärregierung nun an die Zeit, nach Einführung der politischen Freiheit in der US-Zone nun auch die wirtschaftliche Freiheit zu gewährleisten.

Neue chinesische Regierung

Nanking, 20. Dez. (AP). Der chinesische Ministerpräsident Dr. Sun Fo bildete am Montag ein neues Kabinett und versprach, solange zu kämpfen, bis wir eine ehrenvollen Frieden schließen können. Dr. Sun schloß die Möglichkeit eines Kompromisses mit den Kommunisten nicht aus. Die Ministerliste soll am Montag in der Tageszeitung veröffentlicht werden. Dr. Sun erklärte auf einer Pressekonferenz, eine bedingungslose Übergabe an die Kommunisten würde bedeuten, daß China ein ähnliches Schicksal wie Polen oder die Tschechoslowakei erleidet.

De Gaulle und das Ruhrgebiet

„Es wird unser Fehler sein, wenn wir zulassen, daß die Ruhr nicht dem deutschen Herrschaftsbereich entzogen wird“

Paris, 20. Dez. (Dena-APF). Auf der letzten Sitzung des Nationalrates der französischen Volkunion (RPF) befaßte sich General de Gaulle mit dem Deutschlandproblem und erklärte, wenn man das Deutsche Reich wieder herstelle, dann werde man in Deutschland die Tätigkeit jener Elemente begünstigen, die ihr Land auf gefährliche Wege führen und die Welt damit in einen neuen Krieg stürzen könnten, in dem die Zivilisation untergehe. „Das ehrgeizige und herrschsüchtige Deutschland“, sagte de Gaulle, „wird sich dann an der Seite dessen befinden, der ihm die meiste Unterstützung gibt, und wir wissen, welche Seite dies sein wird.“

Das Ruhrgebiet, führte de Gaulle weiter aus, könne an einer europäischen Union mit einem besonderen und internationalen Status teilnehmen, ohne seinen deutschen Charakter zu verlieren. „Es ist nicht unser Fehler, wenn das Ruhrgebiet in die Hände der Feinde überlassen, daß die Ruhr nicht dem deutschen Herrschaftsbereich entzogen wird.“

Urteilsverkündung im Roehlingprozeß erneut verschoben

Karlsruhe, 20. Dez. (K. Eig. B.). Die Urteilsverkündung im Revisionsverfahren des Roehlingprozesses, die auf den 20. Dezember angesetzt war, wurde heute mit der Begründung, daß die Urteilsbesprechungen noch nicht abgeschlossen werden konnten, auf den 25. Jan. 1949 verschoben. Ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Otto Kranzbühler, den Angeklagten Hermann Roehling und Rodenhauer einen vierzehntägigen Weihnachtsurlaub zu gewähren, wurde von Seiten des Gerichtes abgelehnt.

Renten und Zuwendungen erhöht

Ein neues Preiswuchergesetz konnte verabschiedet werden — Bestimmte Preisänderungen setzt der Wirtschaftsrat fest

Frankfurt, 20. Dez. (Dena). Der Wirtschaftsrat hat am Montag ein neues Preiswuchergesetz verabschiedet, das die Preisänderungen der Sozialversicherung an die veränderte Lohn- und Preisgefüge und über ihre finanzielle Sicherstellung. Danach sollen u. a. bei den Invaliden- und Angestellten-Renten monatliche Zuschläge gezahlt werden. Invalidenrenten- und Ruhegehälter werden um 15 DM auf mindestens 50 DM, Witwenrenten um 12 auf mindestens 40 DM und die Waisenrenten um 8 auf mindestens 30 DM erhöht. Außerdem wird zu den Kinderzuschlägen ein Zusatz von 5 DM pro Kind gewährt. Die Versicherungsbeiträge werden bei der Krankenversicherung von 3600 auf 4500 DM jährlich erhöht, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent herabgesetzt. Mit 45 gegen 38 Stimmen der SPD und KPD wurde das Gesetz über die Sätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1949 verlängert. Die Sondervollmachten für den Direktor der VW sowie die Artikel, nach denen bestimmte Preisänderungen der Zustimmung des Wirtschaftsrates bedürfen, sind gestrichen.

Gegen den „Kulturpennig“

Stuttgart, 20. Dez. (Dena). Der württembergische badische Zeitungsverlegerverband teilte am Montag mit, daß der Herausgeber der württembergischen Zeitungen weiterhin härtestens gegen das am Freitag vom württembergischen Landtag verabschiedete „Kulturpennig“-Gesetz Stellung nehmen werden. Der Verband beabsichtigt unter anderem, ein Verfahren vor dem zuständigen Gerichtshof anhängig zu machen.

„Sozialistischer Wettbewerb“

Der von General Markov vor zwei Monaten ausgeschriebene Tüchtigkeitswettbewerb für die Befreiungstruppen ist, wie jetzt der Sender der albanischen Hauptstadt Tirana meldet, der ersten Division der Markovverbände geworden worden. Diese Division hat in zwei Monaten an 148 Gefechten teilgenommen und dabei 344 Angehörige der „königlichen faschistischen Truppen“ getötet und 1488 Besatzungstruppen in Gefangenschaft genommen sowie 348 Soldaten neu gewonnen. B.N.N.

Kontrolle über die Industrieleitung

London, 20. Dez. (AP). Die Londoner Sechsmächtekonferenz über die Ruhrkontrolle hielt in dem Bestreben, ihre Arbeit bis Weihnachten zu beenden, am Sonntag zwei Vollsitzungen ab. In den vergangenen drei Tagen kreiste die Debatte um eines der Hauptthemen auf dem Wege zu einem Einvernehmen, nämlich die Form, Forderung, die internationale Ruhrkontrolle auf die Industrieleitungen im Ruhrgebiet auszudehnen. Die Londoner Konferenz hofft, in drei oder vier Tagen ihre Arbeiten abschließen zu können.

„Hissen Sie nicht das Kreuz über Bonn“

Die CDU-Landesauschluß-Sitzung — Keine Einladung für Schlange

Forchheim (Bayern) 20. Dez. (Dena). Die Sitzung des Landesauschusses der bayerischen CSU in Forchheim stand am Sonntag dem zweiten und letzten Tag der Konferenz — im Zeichen einer Diskussion über die Haltung der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, die sich an einen Bericht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Bonn, Dr. Anton Schöningh, anknüpfte. Im Verlauf der Aussprache legte u. a. Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, Landesvorsitzender Dr. Josef Müller, August Hausleiter und Landespräsident Dr. Michael Horlacher ihre Ansichten über die Bonner Arbeiten dar. Als Ergebnis der Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der die CSU-Abgeordneten in Bonn aufgefordert werden, an ihrer Forderung auf Einführung des Mehrheitswahlrechtes festzuhalten und sich an einem Kompromiß in dieser Frage nicht zu beteiligen.

Vor dem Russen-Einmarsch in Stolpe

Französische Besatzungstruppen rücken ab — Bange Erwartungen

Berlin, 20. Dez. (Dena). von offizieller französischer Seite wurde am Sonntag ein Kommuniqué der französischen Militärregierung über die Rückgabe des 1945 von den Sowjets den Franzosen überlassenen Dorfes Stolpe bei Berlin veröffentlicht. In dem Kommuniqué heißt es, daß die französische Militärregierung infolge des Baues eines Flugplatzes in Stolpe die Besatzungstruppen abgezogen hat, der sowjetischen Militärregierung das Gebiet zurückzugeben, das dem französischen Sektor für den Bau eines Flugplatzes in Stolpe zur Verfügung gestellt wurde. Dieser französische Entschluß stand am Sonntag im Mittelpunkt des Interesses der Berliner Öffentlichkeit. Deutsche Politiker der drei demokratischen Parteien drücken übereinstimmend Zweifel aus, ob diese Maßnahme die Besatzungspolitik der Westmächte in Berlin nicht in die Defensive dränge. Es wird angenommen, daß die französische Besatzungsmacht der hohen Wahlbeteiligung der Stolper Bevölkerung bei den Kommunalwahlen am 5. Dezember (90%) Rechnung tragen und Schritte unternehmen wird, die Einwohner von möglichen sowjetischen Vergeltungsmaßnahmen zu schützen. In Stolpe selbst herrschte am Sonntag größte Bestürzung. Angst vor Denunziationen ließ die Einwohner des Ortes, die durch Radio und Presse von den Räumungsplänen Kenntnis erhalten haben, bereits am Sonntag schweigend werden. Der Ortsvorsteher des Dorfes sagte, die Gemeinde könne den Schritt

Im Telegrammstil

New York. Der Römische Korrespondent der „New York Times“ berichtet am Montag, führende italienische Kolonialfachverständige bereiten gegenwärtig einen Plan für die Errichtung eines arabischen Staates in Tripolitanien vor, der politisch und wirtschaftlich mit Italien zusammenarbeiten soll. (Dena)

London. fünf der Havilland-Düsenantriebe von Bannister „Vampire“ sind als die ersten dieser Art von französischen Piloten nach Frankreich geflogen worden, wie am Sonntag in London bekanntgegeben wurde. Diese Lieferung erfolgte unter dem Brüsseler Westallianzpunkt. (AP)

Cannes. Der italienische Außenminister Graf Storza trat am Montag früh zu Besprechungen mit dem französischen Außenminister Robert Schuman ein. (Dena)

Heistack. Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, Finnland 600 000 Dollar von der Geldebaue zu erlassen, die es für verputzte Reparationszahlungen an die UdSSR zu zahlen hat. (Dena)

Wien. Unter der Anteilnahme der gesamten Wiener Bevölkerung wurde am Sonntag der Stephansturm in Wien offiziell neu eingeweiht. (AP)

Rom. Mehr als eine Million Regierungsangestellte haben sich dem von dem kommunistisch beherrschten allgemeinen italienischen Gewerkschaftsverband ausgerufenen Streik geschlossen. Der Streik begann Sonntag um Mitternacht. (Dena)

Lissabon. Der portugiesische Staatspräsident Marçal Antonio Oscar de Frazoso Carmona wird bei dem am 13. Februar stattfindenden Präsidentschaftswahl als Kandidat der Regierung aufgestellt werden. (Dena)

Indonesien vor dem Sicherheitsrat

Paris, 20. Dez. (AP). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trat am Montag im Palais Chaillot zusammen, um sich mit dem neuerlichen Ausbruch von Feindseligkeiten in Indonesien zu befassen.

Der Zusammentritt des Rates erfolgte auf Ersuchen des amerikanischen Delegierten Doktor Philip C. Jessup, nachdem holländische Land-, See- und Luftstreitkräfte zum Angriff gegen die indonesische Republik übergegangen sind. Australien hatte den amerikanischen Antrag befürwortet.

Der Dezember-Präsident des Rates der belgische Delegierte Fernand van Langenhove, gab zu Beginn der Sitzung bekannt, daß er ein Telegramm des sowjetischen Außenministers Molotow erhalten habe, worin dieser um eine zweiseitige Verabredung der heutigen Sitzung bitte, um dem sowjetischen Delegierten Jacob Mathe die Möglichkeit zu geben, an den Beratungen des Sicherheitsrates teilzunehmen.

Der amerikanische Delegierte Doktor Jessup widersprach einer Verabredung und fügte hinzu, die amerikanische Regierung fühle sich wegen der Entwicklung in Indonesien „äußerst beunruhigt“.

Dena meldet dazu, daß der Sicherheitsrat seine außerordentliche Sitzung über die Lage in Indonesien am Montag auf Mittwoch, den 22. Dezember, vertagt habe.

Kalibergwerk Buggingen zwangsverpackt

Freiburg i. Br., 20. Dez. (Dh.-Eig.-Ber.).

Der südbadische Landtag protestierte einstimmig gegen das Verbot der französischen Militärregierung, die Angelegenheit Buggingen im Landtag zu behandeln. Finanzminister Dr. Eckert erklärte, daß das Werk nach dem Kriege zunächst unter französische Zwangsverwaltung gestellt werden soll, weil zwei Drittel der Aktien in Händen der „Preussag“, einer preußischen Gesellschaft, waren. Das Land Baden besaß die übrigen Anteile. Vor Jahresfrist setzten die Franzosen dann einen willigen deutschen Treuhänder ein, der folgsam einen von den Franzosen aufgesetzten Pachtvertrag unterzeichnete. Dadurch wurde das Kalibergwerk Bug-

Deutsche Polizisten nach Amerika

Berlin, 20. Dez. (AP). Im Januar nächsten Jahres werden 30 deutsche Polizeibeamte aus dem amerikanischen Sektor Berlins und der amerikanischen Besatzungszone für zwei bis drei Monate in amerikanische Staaten reisen, um das amerikanische Polizeisystem kennenzulernen, erklärte der Leiter der Abteilung für zivile Verwaltung bei der amerikanischen Militärregierung, Dr. Litchfield.

Im Austausch soll eine Gruppe amerikanischer Polizisten Deutschland besuchen. Die deutschen Polizisten sollen sich besonders mit der Unterordnung der Polizei unter örtliche, gewählte Körperschaften vertraut machen.

Das Unvermögen der UN

Kassel, 20. Dez. (Dena). Weibürger 1, Garry Davis, stellt in einem am Dienstag in der „Kasseler Zeitung“ veröffentlichten Artikel die Frage, ob die Vereinten Nationen überhaupt eine lebendige und ernst zu nehmende Kraft sind, und kommt zu dem Schluß, daß eine Weltregierung für die Aufrechterhaltung des Friedens auf der Erde unbedingt notwendig ist.

Davis meint, das Unvermögen der UN, die Fragen Berlin, Korea und Indonesien sowie das Veto-Problem und das der Atomkontrolle zu lösen, bewiese die ganze Ohnmacht dieser Einrichtung und zeige zugleich die wahren Verhältnisse der Mächte untereinander. Der Zusammenschluß aller Völker der Welt sei das einzige Mittel, um eine ständige Rivalität in der Rüstung und in der Schaffung von strategischen Stützpunkten zu verhindern, denn dieser verhängnisvolle Wettlauf müsse zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung führen, die wiederum mit dem Gebrauch von biologischen und Atomwaffen und damit dem Selbstmord der Gegenwart enden werde.

Holländer auf dem Vormarsch

Batavia, 20. Dez. (AP). Die gut ausgerüsteten Truppen der niederländischen Armee setzten am Montag die Besetzung des republikanischen Territoriums auf Sumatra und Java fort, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen. Auf Java nähern sich die niederländischen Verbände dem Zentrum der Insel aus drei verschiedenen Richtungen. Die Spitze der von der Demarkationslinie zwischen West- und Zentral-Java vorstößenden niederländischen Truppen befindet sich bereits auf halbem Wege nach Djokjakarta, das von Fallschirmtruppen besetzt wurde. Auf Sumatra soll eine niederländische Brigade von Medan aus nach Süden vorstoßen, wo sich große Plantagen befinden.

Bis jetzt sollen sechs holländische Soldaten gefallen sein.

Deutsche Polizisten nach Amerika

Berlin, 20. Dez. (AP). Im Januar nächsten Jahres werden 30 deutsche Polizeibeamte aus dem amerikanischen Sektor Berlins und der amerikanischen Besatzungszone für zwei bis drei Monate in amerikanische Staaten reisen, um das amerikanische Polizeisystem kennenzulernen, erklärte der Leiter der Abteilung für zivile Verwaltung bei der amerikanischen Militärregierung, Dr. Litchfield.

Im Austausch soll eine Gruppe amerikanischer Polizisten Deutschland besuchen. Die deutschen Polizisten sollen sich besonders mit der Unterordnung der Polizei unter örtliche, gewählte Körperschaften vertraut machen.

Kurz beleuchtet

Wo bleibt denn bei alledem eigentlich Europa, das Hauptthema der west-östlichen Auseinandersetzungen, fragt angesichts der Sequestrierungen von Firmen in der französischen Zone der einfache deutsche Mann auf der Straße. Zu deutsch sind Sequestrierungen nichts anderes als Wegnahmen von Privatbetrieben, denen weniger an den Profitten des französischen Kapitalismus als an einer ehrlichen deutsch-französischen Verständigung liegt. Denn niemand kann klargemacht werden, daß offenkundige Friedensbetriebe in deutscher Hand die französische Sicherheit gefährden, z. B. die beschlagnahmten Zigarettenfabriken von Reemtsma, die Kohlenhandelsfirmen am Oberrhein oder die zwangsverwaltete Kaliberg in Buggingen. Wohl aber wird bei der Vielzahl der sequestrierten Betriebe der Verdacht erweckt, als ob ein weitgreifender Plan wirtschaftlicher Durchdringung dem allem zugrunde liege. Die Trizone und das Besatzungsstatut rücken näher. Die Sequestrierungen erlauben die Schaffung von wirtschaftlichen Tatsachen, von Einfluß auf weite Gebiete des Südwestens, unauffälliger für jede Kontrolle aber keineswegs unerbittlicher als die bisherigen Entnahmen. Soll das nun der Auftakt zum europäischen Gespräch, zur deutsch-französischen Verständigung sein? Wir könnten uns keinen schlechteren, wohl aber einen besseren denken und fragen uns, sehr befremdet, was denn nun der Unterschied zwischen der pénétration pacifique, der friedlichen Durchdringung, durch den Imperialismus des französischen Kapitals und dem der östlichen Volksdemokratie sei. W. B.

Das Unvermögen der UN

Kassel, 20. Dez. (Dena). Weibürger 1, Garry Davis, stellt in einem am Dienstag in der „Kasseler Zeitung“ veröffentlichten Artikel die Frage, ob die Vereinten Nationen überhaupt eine lebendige und ernst zu nehmende Kraft sind, und kommt zu dem Schluß, daß eine Weltregierung für die Aufrechterhaltung des Friedens auf der Erde unbedingt notwendig ist.

Davis meint, das Unvermögen der UN, die Fragen Berlin, Korea und Indonesien sowie das Veto-Problem und das der Atomkontrolle zu lösen, bewiese die ganze Ohnmacht dieser Einrichtung und zeige zugleich die wahren Verhältnisse der Mächte untereinander. Der Zusammenschluß aller Völker der Welt sei das einzige Mittel, um eine ständige Rivalität in der Rüstung und in der Schaffung von strategischen Stützpunkten zu verhindern, denn dieser verhängnisvolle Wettlauf müsse zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung führen, die wiederum mit dem Gebrauch von biologischen und Atomwaffen und damit dem Selbstmord der Gegenwart enden werde.

Holländer auf dem Vormarsch

Batavia, 20. Dez. (AP). Die gut ausgerüsteten Truppen der niederländischen Armee setzten am Montag die Besetzung des republikanischen Territoriums auf Sumatra und Java fort, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen. Auf Java nähern sich die niederländischen Verbände dem Zentrum der Insel aus drei verschiedenen Richtungen. Die Spitze der von der Demarkationslinie zwischen West- und Zentral-Java vorstößenden niederländischen Truppen befindet sich bereits auf halbem Wege nach Djokjakarta, das von Fallschirmtruppen besetzt wurde. Auf Sumatra soll eine niederländische Brigade von Medan aus nach Süden vorstoßen, wo sich große Plantagen befinden.

Bis jetzt sollen sechs holländische Soldaten gefallen sein.

Indonesien vor dem Sicherheitsrat

Paris, 20. Dez. (AP). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trat am Montag im Palais Chaillot zusammen, um sich mit dem neuerlichen Ausbruch von Feindseligkeiten in Indonesien zu befassen.

Der Zusammentritt des Rates erfolgte auf Ersuchen des amerikanischen Delegierten Doktor Philip C. Jessup, nachdem holländische Land-, See- und Luftstreitkräfte zum Angriff gegen die indonesische Republik übergegangen sind. Australien hatte den amerikanischen Antrag befürwortet.

Deutsche Polizisten nach Amerika

Berlin, 20. Dez. (AP). Im Januar nächsten Jahres werden 30 deutsche Polizeibeamte aus dem amerikanischen Sektor Berlins und der amerikanischen Besatzungszone für zwei bis drei Monate in amerikanische Staaten reisen, um das amerikanische Polizeisystem kennenzulernen, erklärte der Leiter der Abteilung für zivile Verwaltung bei der amerikanischen Militärregierung, Dr. Litchfield.

Im Austausch soll eine Gruppe amerikanischer Polizisten Deutschland besuchen. Die deutschen Polizisten sollen sich besonders mit der Unterordnung der Polizei unter örtliche, gewählte Körperschaften vertraut machen.

Kurz beleuchtet

Wo bleibt denn bei alledem eigentlich Europa, das Hauptthema der west-östlichen Auseinandersetzungen, fragt angesichts der Sequestrierungen von Firmen in der französischen Zone der einfache deutsche Mann auf der Straße. Zu deutsch sind Sequestrierungen nichts anderes als Wegnahmen von Privatbetrieben, denen weniger an den Profitten des französischen Kapitalismus als an einer ehrlichen deutsch-französischen Verständigung liegt. Denn niemand kann klargemacht werden, daß offenkundige Friedensbetriebe in deutscher Hand die französische Sicherheit gefährden, z. B. die beschlagnahmten Zigarettenfabriken von Reemtsma, die Kohlenhandelsfirmen am Oberrhein oder die zwangsverwaltete Kaliberg in Buggingen. Wohl aber wird bei der Vielzahl der sequestrierten Betriebe der Verdacht erweckt, als ob ein weitgreifender Plan wirtschaftlicher Durchdringung dem allem zugrunde liege. Die Trizone und das Besatzungsstatut rücken näher. Die Sequestrierungen erlauben die Schaffung von wirtschaftlichen Tatsachen, von Einfluß auf weite Gebiete des Südwestens, unauffälliger für jede Kontrolle aber keineswegs unerbittlicher als die bisherigen Entnahmen. Soll das nun der Auftakt zum europäischen Gespräch, zur deutsch-französischen Verständigung sein? Wir könnten uns keinen schlechteren, wohl aber einen besseren denken und fragen uns, sehr befremdet, was denn nun der Unterschied zwischen der pénétration pacifique, der friedlichen Durchdringung, durch den Imperialismus des französischen Kapitals und dem der östlichen Volksdemokratie sei. W. B.

NEUESTE NACHRICHTEN

Gesetzmacherei

Die Art und Weise, in der im Landtag das Gesetz über die „Erhebung von Abgaben zur Förderung kultureller Aufgaben“ (Kulturpennig) durchgeprüft worden ist, zwingt zu einer grundsätzlichen Betrachtung.

Artikel 48 der Verfassung besagt: „Die Staatsgewalt wird nach den Bestimmungen der Verfassung von den ständigen und wahlberechtigten Mitgliedern des Landtags ausgeübt.“

So aber verfuhr in verächtlicher Eile der Landtag am 16. und 17. Dezember. Er stimmte einem völlig neuartigen Steuer-gesetz von größter Tragweite ohne Ein-mündung und Befragung derjenigen zu, die das Gesetz trifft.

Wo blieb die rechtzeitige öffentliche Bekanntheit des Entwurfs? Artikel 13 der Verfassung sagt: „Jeder-mann hat das Recht, sich an die zustän-dige Behörde und schriftlich an die Volks-vertretung zu wenden, um eine Prüfung von Fragen zu veranlassen, die das Inter-esse des Einzelnen oder der Gesamtheit angehen.“

Im Sinne dieser Verfassungsbestimmung wandte sich der Verein Württ.-Bad. Zeitungsverleger rechtzeitig an den Herrn Finanzminister Dr. Köhler, als Verlaut-barungen über den „Kulturpennig“ kund-gegeben wurden. Der Finanzminister wies die Zeitungsverleger keiner Antwort.

Wie wurde die Pflicht der Volksvertre-tung erfüllt, die Vorlage eingehend zu prüfen, das Prinzipielle vor allem, ob die Sonderbesteuerung einer bestimmten Be-völkerungsschicht nicht der steuerlichen Willkür freie Bahn gibt?

Nichts dergleichen gab es, es schien für den Landtag ohne Interesse. Er bewilligte überhaupt keine Prüfung, ob diese Zeitungs-leser, der in seiner Mehrzahl mühsam ge-nug den monatlichen Bezugspreis aufbrin-gen, nicht finanziell schwächer als der-jenige ist, den er mit der Sondersteuer stützen soll?

Paris zum Beispiel! In den Avenuen der Weltstadt Paris sind skurrile Schau- und Trödelbuden aufgebaut. Paris ist zu Weihnachten der reinste Rummelplatz. Versailles und die näheren Vorstädte von Paris weisen Jahr-märkte auf, die gleichzeitig Vergnügungs-parks sind.

scheint man gar nicht erst. Und so geschah es denn, daß ein Gesetz mit 37 von insgesamt 109 Abgeordneten, also beinahe ein Drittel der Abgeordneten, beschlossen wurde. Oder fehlen die 43 nicht aus Interesselesigkeit, sondern aus Gewissensbedenken?

So werden Gesetze gemacht, so Sonder-entwürfe beschlossen, die dann die Be-völkerung zahlen muß! Wir veröffentlichen folgende Sätze aus einer der uns zugegangenen Zuschriften zum Thema:

„Ich möchte mal alle meine Landsleute fragen, ob bei irgendeinem Gesetz, welches in letzter Zeit angenommen wurde, nach ihrer Meinung gefragt worden ist. Hat man sie oder mich gefragt, ob wir den Kulturpennig usw. wünschen? Ich war drei Jahre in Kanada und England und ich kann heute sagen, daß man in diesen Ländern ehre durch eine Demo-kratie sprechen kann, als bei uns hier in Deutschland. Wenn es sich dort um besondere Gesetze oder Notmaßnahmen handelt, wurde erst durch Zeitungsund-fragen nach der Meinung der Bevölke-rung gefragt.“

Die Regierung darf also, soll der Art. 99, Abs. 1, eine Festlegung bedeuten, sich im Laufe des Haushaltsjahres keine Aus-gaben leisten und sich keine Einnahmen verschaffen, die nicht zu vor im Staats-haushaltsgesetz grundsätzlich vorgesehen und genehmigt sind.

Der Finanzminister hat den Landtag mit einem Novum von Sondergesetz über-rumpelt, die Abgeordneten haben sich zu einem großen Teil der Abstimmung ent-zogen, ein kleiner Teil widersetzte sich, die anderen machten mit. Wir zweifeln, daß die Öffentlichkeit den Anlaß der Presse ist, sich diese Überraschung gefallen lassen wird. Mit solchen Methoden wird der ohnehin nicht sonderlich populäre Landtag kaum an Beliebtheit und Vertrauen gewinnen.

Kein „Kulturpennig“ in Niedersachsen Hannover, 20. Dez. (Dena). Die Einföhrung eines Kulturpennig-Gesetzes, wie es in Württemberg-Baden am sonnt-ag verabschiedet wurde, ist in Nieder-sachsen noch nicht erwogen, erklärte der niedersächsische Finanzminister Dr. Georg Strickrod, am Montag einem Dena-Ver-treter. Die Ausführungen des württem-bergschen badischen Finanzministers, Dr. Heinrich Köhler, nach denen die Finanz-minister sich auf ihrer letzten Zusam-menkunft für ein ähnliches Gesetz in ihren Ländern ausgesprochen haben soll, bezeichnete Strickrod als „unrichtig“. Er habe für Niedersachsen eine der-artige Erklärung nicht abgegeben.

Was wissen wir vom englischen Weihnachtsabend? Der Engländer verbringt das Weihnachtsfest außerhalb der Häuser. Je nach Vermögen, sogar in ausgesprochenen Luxushotels. Die Seebäder haben hin-sichtlich des Anziehungswertes an Weih-nachten den Vorzug. Das ist sehr einfach: Der Hotelier sorgt für den Weihnachts-mann der Kinder. Alles ist inklusive des Aufenthaltspreises! Währenddessen haben die Erwachsenen ihr „Amusement“ bei Tanz und fröhlichen spirituellen Gelagen. Graubarengler Engländer sitzen bei einer der unumgänglichen Bridge-Partien. In vereinzelt englischen Städten werden auf den Straßen zur Mitternacht Weih-nachtslieder und von beschulchten Vereinen Chöre gesungen; die Sänger bewegen sich, gefolgt von vielen interessierten Anhän-gern (z. B. in Plymouth) kreuz und quer durch die Stadt. In den „Slums“ wülfelt man in biederer Seemannskneipen um die Weihnachtsbräute. Ein Brauch, der vor allem die Seeleute bei einem Grog beschäftigt.

Ganz anders Rom! Der Italiener macht ebenfalls Geschenke. Den Tannenbaum der Deutschen kennt er allerdings kaum; dafür sind an fast allen Ecken der Straßen Weihnachtskrippen zu sehen. Für die Kinder selbst ist Weih-nachten verhältnismäßig bedeutungslos,

Mister Stanley torpediert die Labourregierung

Bestechungsversuche von noch unbe-kanntem Ausmaß bilden den Hintergrund zu jenen Vorgängen im englischen Kabin-ett, die nun durch das Ausscheiden des Staatssekretärs Belcher ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Belcher ist jedoch nicht der einzige, dem der Vor-wurf gemacht wird, eine offene Hand-geste zu haben, denn er gleiche Ver-dacht richtet sich gegen die Minister Mil-ton und Key sowie gegen den Direktor der Bank von England, George Gibson.

Im Mittelpunkt der Affäre steht ein 47-jähriger „Kaufmann“, Augenblicklich und seit längerem nennt er sich Sidney Stan-ley. Im Verhör mußte er jedoch zugeben, früher andere Namen geführt zu haben, so z. B. Mister Vulkan und Mister Ketch-um. Schließlich konnte er sich sogar er-lauben, sich als „Kaufmann“ in England einzuwandern, Koschinsky geheißten zu haben. Er hat den in seinen Kreisen üblichen Weg hinter sich, der ihn vom Kleiderhändler zum Armeelieferanten führte. Stanley betrat jedoch mit einem halbes Jahrhundert lang mit einem stöckigen wachsenden, sondern seinen jeweiligen Namen immer nur unter Ab-schlüssen über Tausende von Anzügen ge-setzt habe.

Das des Krieges „machte“ er in Armeemützen, ein Geschäft, das ihn zu der Meinung verführte, der Staat sei als bester Partner zu betrachten. Aus diesem Grunde unternahm er nach Kriegsende,

als Armeemützen kein begehrter Artikel mehr waren, verschendeten die Ver-suche, die Fühlung mit hohen politischen Kreisen zu behalten. Er schlug jedoch, da ja in Downing Street die konservative Regierung der Labourpartei Platz gemacht hätte, zunächst fehl, denn die neuen Her-ren zeigten ihm die kalte Schulter. Erst Ende 1946 gelang der große Wurf. George Gibson, Direktor der Bank von England, zeigte sich bereit, Stanley mit verschie-denen Regierungsmitgliedern bekannt zu machen, da ihm die Pläne die jener ent-wickelte, als „sehr bedeutsam“ erschienen. Auf diese Weise kam Stanley mit Staats-sekretär Belcher, später mit den Ministern Key und Dalton in Berührung, denen ge-genüber er sich als großer Bolschewist-gefeind aufspielte.

Sein Streben ging nun dahin, auch Aus-genminister Bevin vor seinen Karren zu spannen, ihn also zu den Besprechungen einzuladen, die in immer kürzeren Ab-ständen in den Londoner Luxushotels stattfanden. Sie drehten sich in der Haupt-sache um die Gründung einer Kampf-organisation gegen den Bolschewismus, die mit Sekt und Whisky auf den Namen „Demokratie und Freiheit“ getauft wurde. Stanley sah sich für diese Bestrebungen zu amerikanischen Finanzkreisen rühmte, daß ihn der Schatzkanzler sogar mit offi-ziellen Anleiheverhandlungen in New York betraut haben soll, erbot sich auch, eine Zeitung zu gründen, die unter dem

Das freie Wort

Herr W. Kurig, Karlsruhe, Gerwig-strasse 43, schreibt unter: Nennst man da „Demokratie“? Es betrifft das Kulturpennig-Gesetz und ich würde mich sehr freuen, wenn meine Meinung, die ich in der Zeitschrift „Der Arbeiter“ geäußert habe, auch in der Zeitung „Das freie Wort“ veröffentlicht werden würde. Ich habe mich schon sehr oft über die Kulturpennig-Gesetzgebung geäußert und ich würde mich sehr freuen, wenn meine Meinung, die ich in der Zeitung „Das freie Wort“ geäußert habe, auch in der Zeitung „Das freie Wort“ veröffentlicht werden würde.

Karl Heinz Jungwirth, Pforzheim, Maximilianstr. 63, schreibt zur Kritik von Herrn Kurig über die Kulturpennig-Gesetzgebung. Offensibel an die Alliierten, wenn Herr König tatsächlich eine Anklage gegen die Siegernationen gerichtet hat... dann mit Recht. Von vornherein... in der Zeitung „Das freie Wort“ geäußert habe, auch in der Zeitung „Das freie Wort“ veröffentlicht werden würde.

Die geschäftstreibende Vorstand des Be-trieberräteausschusses der Amt und Betrie-be der Stadtverwaltung Karlsruhe hat in der Besprechung am 17. Dezember 1943 den BNN anlässlich des Artikels „Der deutsche Beamte im Urteil eines Amerikaners“, be-schlossen: Die Betriebsräte sind nicht als Nationalsozialisten zu betrachten... haben vor und während des Nazi-Reiches im Kampf gegen den Nationalsozialismus gestanden... und es soll kein Verstoß gegen die Grundsätze der Verfassung sein, wenn die Betriebsräte in der Zeit der Nationalsozialisten in der Zeitung „Das freie Wort“ geäußert habe, auch in der Zeitung „Das freie Wort“ veröffentlicht werden würde.

Immer Blamagen! Das Rundfunkgesetz, das die Freiheit des Rundfunks schützen soll, wurde in der ihm vom Landtag gegebenen Fas-sung ein Gesetz, das den Funk der be-stimmenden Regierungs- und Parteikon-trollen unterwerfen sollte. Es war also ein solches Gesetz, das die Landtage nicht dementsprechend gefaßt lassen, daß es von der Militärregierung abgelehnt wurde. Das vom Landtag entworfene Pressegesetz ist statt eines Gesetzes zum Schutz der Pressefreiheit ein solches zur möglichst starken Eindämmung der Pressefreiheit geworden. Auch hierbei wird der Landtag Flakso machen. Es er-hebt sich die Frage: Ist nicht auch bei uns einmal ein Landtag in der Lage, ein wirklich freies Pressegesetz zu er-lauben? Oder geht es nicht anders, als sich durch berechtigte Ablehnung sel-ten der Militärregierung immer wieder Blamagen zu holen?

Zahlen der Not. Über soziale Verhältnisse, in denen heute Jungen und Mädchen im Alter von 14-15 Jahren zu leben, stellte das katholische Jugendamt in Dis-seldorf Untersuchungen an. Es forderte dabei die traurige Tatsache zutage, daß von 374 Befragten 46% kein eigenes Bett haben, 86% haben kein eigenes Zimmer, 74% müssen mit anderen Personen den Schlafraum teilen, 30% wohnen in zerstörten Häusern, 32% haben nur einen Anzug bzw. ein Kleid, 64% haben nur ein Paar Schuhe.

„O ja“, erwiderte der Jugowale. „Sie müs-sen sich richtig addieren: 99% für Marshall und 1% für Tito.“

Fand dieses Tage in der alten Bücher-kiste meines Onkels Abschrift eines Briefes, den Frank Thiß im Oktober 1920 an Theodor Wolff, den berühmten Chefred-akteur und Leitartikel der Berliner Ta-gelicht gerichtet hat.

„Er begleitete mich zu meinem Schul-macher. Als wir in der Werkstatt warte-ten, sahen wir, daß der Handwerker vor-lauter Arbeit kaum noch durchkam.“

Stiefkind Straßenverkehr

Vor 85 Jahren wollten das Westerstäd-tchen Holzminnen und das linke Ufer des Bamberger eine Landstraße von Holzmin-nen nach Hummersen bauen. Da hano-versches und westfälisches Gebiet zu durchqueren waren, scheiterten die Ver-handlungen bei jedem Versuch.

Erst viel später konnte das Reichsver-kehrsministerium durch Gesetze, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, nach und nach auch durch konkrete Verwaltungsan-weisungen und letztinstanzliche Entschei-dungen eine Ordnung herstellen, die die Verkehrsregeln des Bundes bindigt und die industriellen Notstände beseitigt.

Wird das Grundgesetz dafür sorgen, daß dies nicht in Zukunft geschieht? Der Ver-band der Automobilindustrie, der diese Entwicklung in einer dem Parlamentari-schen Rat zugeleiteten Denkschrift schil-dert, glaubt, daß während der Vorkriegs-zeit die Entwicklung in der Straßen-verkehrsverwaltung im deutschen Straßen-verkehr noch in Zukunft gescheitert sei.

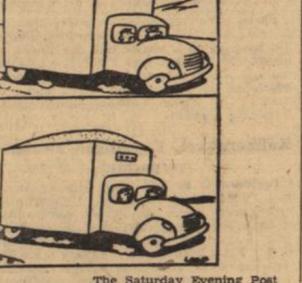


Gefahren des Straßenverkehrs

gen, ging die verkehrswirtschaftliche Ge-setzgebung, das Güterfernverkehrsgesetz und das Personenbeförderungsgesetz brach-ten neben dem einstweiligen möglichen Maß wirtschaftlicher Ordnung Solidarität in die Beziehungen zwischen Industrie und Verkehr. Die Verkehrsregeln des Bundes wurden teils neu, teils besser gerech-tigt: der Bau und Betrieb von Straßen-bahnen, die Ausbildung von Kraftfahr-zeugführern, die Beurteilung neuer Fahr-zeugmuster durch Sachverständige, die Ge-bühren für behördliche Maßnahmen zu Kraftverkehr, das Versicherungswesen usw. So entstanden die Grundlagen einer deutschen Verkehrs- und Tarifpolitik auf dem Gebiete des Straßenverkehrs. Sie sind in der turbulenten Zeit des zweiten Weltkrieges und in den zeitweise anarchi-schen Verhältnissen der Nachkriegszeit zwar erschüttert worden, aber noch nicht verlorengegangen.

Wird das Grundgesetz dafür sorgen, daß dies nicht in Zukunft geschieht? Der Ver-band der Automobilindustrie, der diese Entwicklung in einer dem Parlamentari-schen Rat zugeleiteten Denkschrift schil-dert, glaubt, daß während der Vorkriegs-zeit die Entwicklung in der Straßen-verkehrsverwaltung im deutschen Straßen-verkehr noch in Zukunft gescheitert sei.

Wird das Grundgesetz dafür sorgen, daß dies nicht in Zukunft geschieht? Der Ver-band der Automobilindustrie, der diese Entwicklung in einer dem Parlamentari-schen Rat zugeleiteten Denkschrift schil-dert, glaubt, daß während der Vorkriegs-zeit die Entwicklung in der Straßen-verkehrsverwaltung im deutschen Straßen-verkehr noch in Zukunft gescheitert sei.



The Saturday Evening Post

Überall feiert man Weihnachten anders...

Man kann gut sagen, daß nahezu alle Menschen auf der Erde Weihnachten feiern. Selbstverständlich sind die Feiern sehr verschieden und die Handhabung des Brauches. So wissen wir u. a., daß die Feste der griechisch-katholischen Kirche 13 Tage nach denjenigen der übrigen christlichen Religionsgemein-schaften beginnen. Eines ist bemerkens-wert: das was man auf anderen Kontinenten unter Weihnachtsfest ver-steht, hat sehr wenig mit dem deut-schen Heiligen Abend zu tun.

Paris zum Beispiel! In den Avenuen der Weltstadt Paris sind skurrile Schau- und Trödelbuden aufgebaut. Paris ist zu Weihnachten der reinste Rummelplatz. Versailles und die näheren Vorstädte von Paris weisen Jahr-märkte auf, die gleichzeitig Vergnügungs-parks sind.

Da wir im Hinblick auf die Normandie bei Nordfrankreich waren, — hier findet denn Italien verfügt über so gut wie keine Spielwarenindustrie, und eingeführte Spielzeu-ge sind gerade jetzt — nahezu unerschwinglich. Landeskönner sagen, daß Rom zur Weihnachtszeit unfreundlicher denn je wirke, denn die allgemeine Not offenbare sich zu dieser Zeit besonders.

Man eher den Tannenbaum als in den Vergnügungsmetropolen rings um den Erdfuß. Er wird geglaubt, daß die Nor-mandie die Sitte des Tannenbaumes im vorigen Weltkrieg von der deutschen Besatzung übernommen hat. Spricht es für die Verwandlung des französischen Men-schen, daß die Anforderungen an Weih-nachtsbäume Jahr für Jahr steigen?

Die Erfordernisse der Schweizer Fremdenindustrie haben es mit sich gebracht, daß man dort den Christabent nach eng-lischem Vorbild begeht. Wohl kennt man den Lichterbaum, wie er in Deutschland hinter jeder Arm und reichen Fenster-scheibe am Abend erstrahlt, aber der ei-gentliche Nimbus des Festes ist auf Ge-nüsse und Amusements abgestimmt. Höbe-punkte — von den Engländern einge-führt — sind köstlich mundeude Plum-Puddings und vor allem der Putenbraten, den man sich gerne etwas kosten läßt. Für die Kinder werden Kinderbälle ver-anstaltet. Der Durchschnittsschweizer sitzt aber währenddessen vor dem Lichter-baum, der von Kindern und Erwachsenen wie bei uns besungen wird und zu dem die Kleinen mit den gleichen Kugelaugen aufschauen wie die deutschen Kinder.

Während man in Norwegen in je-dem Hause den Tannenbaum aufstellt und Lichter entzündet, ist in Schweden ledig-lich Tannengründekoration im Brauch. Es wird um Holzreifen gewunden und von Lichtern geschmückt. Die kirchlichen Füh-lichkeiten bleiben von diesem etwas dür-ftigen Weihnachtsabend unberührt.

In Amerika natürlich...

Das Land der Superlative, Amerika, feiert Weihnachten zünftig! Sicherlich ha-ben die aus Deutschland zugewanderten Männer und Frauen den Tannenbaum bzw. das Weihnachtsfest eingeführt. Eines vorweg: jeder Amerikaner will nach Mög-lichkeit die größte Tanne, die es gibt. Für den Weihnachtstag wird auch von den niederen Schichten lange vor dem Fest in den Kaufhäusern eine riesengroße Pro-zession unter einem kostbaren Schrein durch die 1000 Jahre alte Basilika getragen wird, während andächtige Beter auf den Knien liegen und jubelnde Chöre er-schallen.

Die Erfordernisse der Schweizer Fremdenindustrie haben es mit sich gebracht, daß man dort den Christabent nach eng-lischem Vorbild begeht. Wohl kennt man den Lichterbaum, wie er in Deutschland hinter jeder Arm und reichen Fenster-scheibe am Abend erstrahlt, aber der ei-gentliche Nimbus des Festes ist auf Ge-nüsse und Amusements abgestimmt. Höbe-punkte — von den Engländern einge-führt — sind köstlich mundeude Plum-Puddings und vor allem der Putenbraten, den man sich gerne etwas kosten läßt. Für die Kinder werden Kinderbälle ver-anstaltet. Der Durchschnittsschweizer sitzt aber währenddessen vor dem Lichter-baum, der von Kindern und Erwachsenen wie bei uns besungen wird und zu dem die Kleinen mit den gleichen Kugelaugen aufschauen wie die deutschen Kinder.

Während man in Norwegen in je-dem Hause den Tannenbaum aufstellt und Lichter entzündet, ist in Schweden ledig-lich Tannengründekoration im Brauch. Es wird um Holzreifen gewunden und von Lichtern geschmückt. Die kirchlichen Füh-lichkeiten bleiben von diesem etwas dür-ftigen Weihnachtsabend unberührt.

Raus aus der Sackgasse!

Fand dieses Tage in der alten Bücher-kiste meines Onkels Abschrift eines Briefes, den Frank Thiß im Oktober 1920 an Theodor Wolff, den berühmten Chefred-akteur und Leitartikel der Berliner Ta-gelicht gerichtet hat.

„Er begleitete mich zu meinem Schul-macher. Als wir in der Werkstatt warte-ten, sahen wir, daß der Handwerker vor-lauter Arbeit kaum noch durchkam.“

Oh! Im Ernst! Sollte man nicht syste-matisch allen jungen, energiegeladen Männern eine lohnende Friedens-Aufgabe übertragen und gleichzeitig die alten, machtgerigen, sich ewig streitenden Be-rufspolitiker an die Kette legen...! Dann könnte das Leben lebensewert wer-den. Was meinen Sie, Herr Nachbar?

Interessantes in Kürze

Zahlen der Not. Über soziale Verhältnisse, in denen heute Jungen und Mädchen im Alter von 14-15 Jahren zu leben, stellte das katholische Jugendamt in Dis-seldorf Untersuchungen an. Es forderte dabei die traurige Tatsache zutage, daß von 374 Befragten 46% kein eigenes Bett haben, 86% haben kein eigenes Zimmer, 74% müssen mit anderen Personen den Schlafraum teilen, 30% wohnen in zerstörten Häusern, 32% haben nur einen Anzug bzw. ein Kleid, 64% haben nur ein Paar Schuhe.

„O ja“, erwiderte der Jugowale. „Sie müs-sen sich richtig addieren: 99% für Marshall und 1% für Tito.“

Fand dieses Tage in der alten Bücher-kiste meines Onkels Abschrift eines Briefes, den Frank Thiß im Oktober 1920 an Theodor Wolff, den berühmten Chefred-akteur und Leitartikel der Berliner Ta-gelicht gerichtet hat.

